

# Vossische



# Zeitung

10 Pfennig

Gegründet

1704

Mit

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Kurzzeitel

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Verlags-, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt

Verlag: Ullstein, Oberdruckerei: Georg Bornhard Verlag.  
Redaktion: Amn. d. Handeltreib. Carl Misch, Berlin, Unter.  
Manuskripte werden nur zurückgenommen, wenn Porto beiliegt.

Schreibleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Versehrung-Zentrale Ullstein: Amt Dönhofs A 1 7000-3966  
Für den Fernverkehr: Amt Dönhofs 3966-3968 Telegramm-  
Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postbezugskonto Berlin 660.

## Strefemann spricht Montag

### Grundsteinlegung zum Völkerbundhaus

Genf, 7. September | Ullstein-Nachrichtendienst

Am Dr. Strefemanns Rede hat es ein großes Aufsehen gegeben. Sie wurde von einem Tag auf den andern, schließlich von einer Tageszeitung auf die andere verschoben. Man soll der deutsche Außenminister erst am Montag vormittag 10% Uhr sprechen, die heute nachmittag die feierliche Grundsteinlegung zum Bau des Völkerbundes im Park von Oranien stattfinden.

Außer der Rede Strefemanns werden auch die Reden der Generalsekretäre des Völkerbundes, der Präsident der Schweizer Gewerkschaft, die Präsidenten der Weltkonferenzen und des Völkerbundes, sowie der Staatsrat der Republik Genf. Am Abend gibt der Bundesrat für die Delegierten der Völkerbundversammlung ein Dinner, zu dem von jeder Seite die beiden ersten Delegierten geladen sind.

Den Inhalt der Rede Strefemanns kennt man nicht, um so mehr werden Vermutungen angestellt. Man will wissen, daß Strefemann die Anzengungen Brindis über ein wirtschaftliches Europa ausbauen und vertiefen will; daß er sich ausschließlich über die Wirtschaftsprüfung äußern wird, sich für die Wirtschaftspolitik. Auf jeden Fall hat man Strefemanns Rede sehr begrüßt.

Ingenieurwissenschaften hat sich mit der Auswahl in den Rat an Stelle der ausstehenden Mitglieder. Die Schweizerer können sich nicht darüber einigen, wer der freierwerbenden Volk wählen einnehmen soll. Bei einer ersten unter den lateinamerikanischen Delegierten vorgenommenen Abstimmung erschienen Peru und Uruguay die gleiche Zahl von Stimmen. Peru war bisher niemals in Rate und sollte deshalb hinein. Aber Uruguay war schon Mitglied des Rates und hatte einen sehr guten Vertreter in Rate, den Barler Golembinski Quant, und möchte deshalb nicht ausgetauscht werden. Ein zweites Mal hat am Montag entschieden. Jedenfalls sollen sich die lateinamerikanischen Delegierten verpflichten, einmütig für den italienischen Sieger im internen Wahlkampf zu stimmen. Es werden also die neuen Staatsmitglieder sein: Polen, dessen Wiederwahl so gut wie gesichert ist, Südamerika, das auf Grund seines Einkommens mit Rumänien und der Südamerikaner nimmt auf der Seite in den Völkerbund einsteigt, und entweder Peru oder Uruguay. Die Schweizerer Polens wird auch von neuen Delegierten, die nicht unbedingte Freunde der polnischen Politik

sind, nicht gehindert werden. Auch in deutschen Kreisen ist man der Meinung, daß die polnisch-deutsche Zusammenarbeit im Rate den Beziehungen zwischen Deutschland und seinem östlichen Nachbarn nicht nur nicht schadet, sondern trotz aller Zusammenstöße, die gelegentlich erfolgen, nützlich gewesen ist.

### Fascistische Kritik an Brindis

Rom, 7. September | Ullstein-Nachrichtendienst

Brindis Rede in Genf fällt in den höchsten Kommentaren unmöglich noch mehr ab als bei seiner Rede in Rom. Die Tribuna nennt sie antisozialistisch und stellt fest, daß Brindis Auffassung sich

## Starker Sprengstoff in der Lüneburger Bombe

### Das Ergebnis der chemischen Untersuchung

Lüneburg, 7. September | Ullstein-Nachrichtendienst

Die hierher erhaltenen Sachverständigen der Chemisch-technischen Reichsanstalt in Berlin-Regel haben die Reste der Bombe, die neulich bei der Explosion geschah, untersucht. Dabei hat es sich herausgestellt, daß die Mischung des Sprengstoffes bei dieser heimtückischen Vernehmung fast, ganz anders ist, als die Mischung des Pulvers, das in der Bombe, die am Reichstag in Berlin explodiert, gefunden wurde. Die Mischung, die jetzt in Lüneburg verwendet wurde, hat eine viel größere Wirkung, sie platzt mit großer Gewalt, hoch die gemüllte Decke hoch und zerlegt sie zum Zerfall.

Der Lüneburger Reichs-Kommission hat bisher eine außerordentlich große Anzahl von Sachverständigen zugezogen, die alle auf den Vorkriegsstand zurückzuführen wollten. Die Prüfung dieser Sachverständigen war naturgemäß lange Zeit in Anspruch nehmen. Die Polizei hat eine große Anzahl von Sachverständigen getroffen, von denen die hervorzuheben die Befragung über die Gibe führende Brindis und Gähren mit Wochen ist.

Bei der Berliner Kriminalpolizei meißte sich gelassen ein Mann, der angeblich habe das Attentat auf den Reichstag verübt. Eine flüchtige Uebersprechung seiner Aussagen ergab, daß man es ebenso wie bei der Selbstmordanschlagung des Raumfahrers Götz in

nützlich mit der „jüdischen“, also orientalischen Auffassung des Lebens bede, die in diesem Briefübertrag zur „arialischen“ des Weltens Rede. Bei dieser Verbindung der Auerung Brindis über den Krieg heißt es, Italien könne das nicht ableugnen, was die Grundlage seines erneuten und gereinigten Weltens darstelle. Brindis Auffassung ist antijüdisch, rassistisch, gefährlich, politisch, antisozialistisch und gegen die Kraft, gegen den Fortschritt und gegen das Ringen um Größe gerichtet.

Andere Blätter weisen darauf hin, daß, während Brindis vom Frieden rede, die Staaten der Reinen Entente sich zugegenemäßigen auf den Krieg vorbereiten. Der Plan der wirtschaftlichen Einigung Europas wird Brindis nicht geklärt. Aber es wird dabei mit Freude festgestellt, daß er auch England nicht dermaßen kenne.

Angaben den Kommentaren der feilschenden Blätter spricht der nationenmäßige „Differentials Romanens“ in seinem heutigen letzten Artikel den Ausführungen des französischen Premierministers volles Lob aus.

Transitort u. D. mit ihrer hier unumkehrlichen Selbstbeschuldigung zu tun hätte. Ergeben sich natürlich der Mann, der sich in Berlin selbst, von der Reichsanstalt eingehend vernommen. Das Ergebnis wird erst gegen Ende beider sein.

Auch der Berliner Kriminalpolizei fällt gerade in den letzten Tagen wiederum eine Fülle von Mitteilungen aus dem Publikum an, was geeignet sind, auf die Aufklärung des Verbrechen beizutragen. So hat sich auch in ein in der Öffentlichkeit gemeldet, der in der Nacht des Mordanschlags an Reichstag in Berlin über die Gibe geht ist. Sein Red war ein Erleuchtungsgeschehen, das die Deutschen in S. aufwies und die Zahlen hinter diesen Vorfällen begannen ebenfalls mit einer 17. Der Mordanschlag, der sich gemeldet hat, scheint aber nicht mit dem Jahre identisch zu sein, das als verdächtig gemeldet wurde.

Ein Berliner Epitaphenblatt hätte gerne angebliche Gerüchte wiedergegeben, nach denen Zusammenhänge zwischen den noch unbekannt Dynamit-Attentaten und der Reichswehr bestehen sollen. Der Reichswehrminister hat sofort diese Gerüchte aus Energiehals demontiert und außerdem gegen das betreffende Blatt die Verleumdungssanktion angeordnet.

### Ein Aufruf zur Segenwehr

Köln, 7. September | Ullstein-Nachrichtendienst

In einem sehr bemerkenswerten Artikel „Zeit ist es genug“ befaßt sich die „Reinische Zeitung“ mit den Bombenattentaten der letzten Zeit. Es ist sehr zu wünschen, daß die Reichswehr über die Maßnahmen der Untersuchungsbehörden Luft gibt. Daß es sich bei dieser Reihe von Bombenanschlägen um die Arbeit einer heimlich organisiertem Terrororganisation handelt, darüber besteht nach dem Stand der Dinge kein Zweifel mehr. Das Wort kenneindacht hat die „Selbsthilfe“-Organisationen auf dem linken Rand, die in Sozialistischer Richtung haben mit der Organisation der Nationalsozialisten. Die auch in England-Gebieten begünstigen Sozialistischer Organisationen haben auf das gesamte Reich übertragen. Eine Reihe politischer Berührung ergab sich über das Reich. Wie es um viele „Politik“ ausbleibt, darüber bezieht ein Bild in eine gewisse Breite, ein Vernehmungsprotokoll bei den Untersuchungen über den Dinterfeuten, keine Spur von schlauer Beweisaufklärung. Keine Spur von politischem Verstand, dafür aber Demagogie in einem Maß, das unverständlich zu werden droht.

Nachdem das Wort einige Proben aus einer Rede des Justizrats Graf und aus der „Reinischen Zeitung“ wiedergegeben hat, führt es fort: „Auf dem Boden einer solchen Berührung aber — und das ist bittere ernste Wahrheit — wachsen die Bombenanschläge irregulärer Fanatiker. Von den Völkermördern bis zu den Anarchisten ist es nur ein Schritt. Die Mörder erkennen wir aus der Lage nach der Ermordung Erbsparers und Rabenans, was die geistigen Urheber jener Untaten die Verantwortung für das Geschehene kleinlaut vor sich weisen, und doch tragen auch die moralische Schuld. Soll es wieder so kommen? Soll der Staat ruhig mit ansehen, wie wilder Bergehe strom von ihrem Maß zum „Berbrecher“ erklärten Minister zum Ziel ihrer Schiffe nehmen?“

## Rüstungsindustrie-Standal in Amerika

### Präsident Hoover greift ein

New York, 7. September | Ullstein-Nachrichtendienst

Vor einigen Tagen hat ein gewisser William G. Spearer, einer der vielen sogenannten „Lobbyisten“, die in Washington als Agenten wirtschaftlicher oder auch politischer Interessengruppen die Generatoren und Abgeordneten „bearbeiten“, einen Prozeß gegen die „Bethlehem Steel Corporation“, die „American Brown Boveri Co.“ und die „Newport News Shipbuilding and Drydock Co.“ einen Prozeß eingeleitet, um eine Restrukturierung der 257 000 Dollar für auf der Genfer Währungskonferenz und im Kongreß in Washington gefestigte „Arbeit“. Spearer ist in Washington als Propagandamann für die „Big-Navy“-Leute und die „American Legion“, den amerikanischen „Stahlheim“.

Gleich nach Bekanntwerden der Klage des Agenten gegen die drei großen Rüstungsfirmen hat Senator Borah eine strenge parlamentarische Untersuchung durch den Unzuverlässigen Ausschuß des Senats angeschlossen, falls nicht der Marineanschluß die Sache in die Hand nehme.

Heute hat Präsident Hoover selbst die Angelegenheit aufgerufen. In einer schriftlichen Erklärung an die Presse bezeichnet er Spearer als einen Agenten der illesten Sorte und fordert die drei in der Sache verurteilten Firmen auf, sich zu der Behauptung Spearers, daß er in ihren Diensten stehe, zu äußern. Gleichzeitig teilt der Präsident mit, daß er den Generalsekretär, anwalt beauftragt habe, die geeigneten Schritte zu ergreifen.

Die beklagten drei großen Rüstungsfirmen haben sich bereits geäußert. Präsident Ferguson von der „Newport News Shipbuilding Co.“ erklärt, daß Spearer nie einen Auftrag gehabt habe, gegen die Wertschätzung zu arbeiten, gibt aber zu, daß er von seiner „Bethlehem Steel“ beschäftigt ist. Präsident Borah von „Bethlehem Steel“ bezieht sich damit, zu erklären, daß die Klage völlig unberechtigt ist. Das gleiche erklärt die „New York Shipbuilding Co.“, eine Tochtergesellschaft von „Brown Boveri“.

Demgegenüber behauptet aber Spearer, daß seine Klage wohl begründet sei und daß er bereit sei, vor einem Untersuchungsausschuß des Kongresses zu erscheinen und sämtliche Fragen zu beantworten.